

## **Antrag**

**des Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP**

### **Aktueller Stand des Warnmittelkatasters**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele der 1 101 baden-württembergischen Gemeinden sich an der Erstellung des Warnmittelkatasters beteiligt haben, zumindest unter Darstellung des Ablaufs der Abfrage bei den Kommunen, der entsprechenden Antworten sowie der ergriffenen Maßnahmen, um das Kataster möglichst aktuell zu halten;
2. inwieweit die übrigen Gemeinden, also jene, die sich nicht beteiligt haben, auf die Anfragen schlicht nicht reagiert oder aber Gründe für ihre Nichtbeteiligung angeführt haben, zumindest unter Quantifizierung beider Optionen sowie unter Nennung ihr etwaig anderweitig bekannt gewordener Gründe für die Nichtteilnahme;
3. inwieweit sie vor diesem Hintergrund die These bewertet, dass das Land auch mittelfristig keinen vollständigen Überblick über die Warnmittel-, sowie insbesondere über die Sireneninfrastruktur wird erlangen können;
4. in welcher Höhe sie die ihnen zugewiesenen Mittel des ersten und zweiten Sirenenförderprogramms des Bundes abgerufen hat, zumindest unter Angabe der ihr insgesamt theoretisch zustehenden Mittel, der Gründe für die ggf. unvollständige Abrufung sowie der konkreten Verwendungszwecke innerhalb des Landes;
5. inwieweit auch Gemeinden, die sich nicht an der Erstellung des Warnmittelkatasters beteiligt haben, unmittelbar von dem Förderprogramm des Bundes profitieren, beziehendenfalls zumindest unter Angabe der Anzahl der entsprechenden Kommunen sowie der Höhe der Mittel, die an diese Gemeinden gezahlt worden sind;
6. welche staatlichen Stellen und sonstige Institutionen gegenwärtig Zugriff auf das Warnmittelkataster haben bzw. künftig haben sollen;
7. welche Daten, insbesondere im Hinblick auf die bitte im Einzelnen zu benennenden Warnmittel, das Warnmittelkataster aktuell erfasst sowie – unter Skizzierung des Zeitplans – künftig erfassen soll;
8. wie viele Sitzungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Warnmittelkataster“ im vergangenen Jahr stattgefunden haben, zumindest unter Angabe der Sitzungsleitung, des Datums, der Vertreter Baden-Württembergs sowie der konkreten Arbeitsergebnisse;
9. welche Informationen sie dem Warnmittelkataster aktuell entnehmen kann, insbesondere, aber nicht ausschließlich, im Hinblick auf die Versorgungslage mit Warnmitteln in den Gemeinden im Katastrophenfall, etwaigen regionalen Unterschieden sowie dem ihr sich aufdrängenden politischen Handlungsbedarf;

10. wer für die Einspeisung der Daten in das Warnmittelkataster bzw. dessen Führung und technische Betreuung allgemein verantwortlich ist.

7.7.2025

Weinmann, Goll, Karrais, Haußmann, Dr. Kern, Birnstock, Bonath, Brauer, Haag, Hoher, Dr. Jung, Reith, Scheerer, Dr. Schweickert FDP/DVP

### Begründung

Bund und Länder vereinbarten vor einigen Jahren die Einführung eines Warnmittelkatasters. Mit diesem Antrag soll der aktuelle Stand bei dessen Einführung beleuchtet werden, wobei es besonders klärungsbedürftig erscheint, wie die Zusammenarbeit zwischen Land und Gemeinden bei der Erfassung der Warnmittel ausgestaltet wurde.